

Öffentliche Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses der Gemeinde Weingarten (Baden) am Dienstag, 09.02.2021, in Weingarten (Baden)

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Gerhard Fritscher

Mitglieder

Frau Petra Frankrone
Herr Matthias Görner
Frau Sonja Güntner
Frau Carolin Holzmüller
Herr Jörg Kreuzinger
Herr Timo Martin
Herr Philipp Reichert
Herr Wolfgang Wehowsky
Herr Nicolas Zippelius

Protokollführung

Frau Claudia Geißler-
Spohrer

von der Verwaltung

Frau Sina Helmstetter
Herr Philipp Klotz
Herr Patrick Nagel
Herr Oliver Russel
Herr Michael Schneider
Herr Gerd Weinbrecht

-

Frau Carmen Schlager

Entschuldigt fehlt:

Vorsitzende/r

Herr Eric Bänziger (krank)

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 19:15 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt fest, dass die Einladung für die Sitzung mit elektronischem Brief vom 29.01.2021 ergangen ist. Die Tagesordnung war in der Turmberg Rundschau vom 04.02.2021 veröffentlicht. Die Sitzung ist demnach form- und fristgerecht einberufen. Der Verwaltungsausschuss ist mit mehr als der Hälfte seiner Mitglieder anwesend und deshalb beschlussfähig.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Ton-, Foto- und Filmaufnahmen während der Sitzung nicht gestattet sind.

Zu Urkundspersonen für die Niederschrift dieser Sitzung werden Gemeinderätin Petra Frankrone und Gemeinderat Matthias Görner bestellt.

Tagesordnung:

- 1 Antrag der CDU-Fraktion vom 17.10.2020;
 hier:
 Antrag auf Einführung einer Bürgermedaille in Bronze
 VORBERATUNG
- 2 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.11.2020;
 hier:
 Einrichtung eines Sonderfonds für die Weingartner Vereine
 VORBERATUNG
- 3 Antrag der CDU-Fraktion vom 02.12.2020;
 hier:
 Zufügen eines spezifischen Zusatzes zum Gemeindenamen
 VORBERATUNG
- 4 Pandemiebedingte Schließung der Kinderbetreuungseinrichtungen;
 hier:
 Aussetzung und Erlass der Elternbeiträge
- 5 Informationen des Bürgermeisters einschließlich der Beantwortung der Fragen aus vorangegangenen Sitzungen sowie Anfragen und Anregungen der Gemeinderäte

**zu 1: Antrag der CDU-Fraktion vom 17.10.2020;
 hier:
 Antrag auf Einführung einer Bürgermedaille in Bronze
 VORBERATUNG**

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, die Einführung einer Bürgermedaille in Bronze abzulehnen, um die Wertigkeit der bisher vorgesehenen Bürgermedaillen in Silber und Gold zu erhalten.

einstimmig beschlossen Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

Namentliche Abstimmung

Gerhard Fritscher	Enthaltung
Petra Frankrone	Ja
Matthias Görner	Ja
Sonja Güntner	Ja
Carolin Holzmüller	Ja
Jörg Kreuzinger	Enthaltung
Timo Martin	Ja
Philipp Reichert	Ja
Wolfgang Wehowsky	Ja
Nicolas Zippelius	Enthaltung

Vorsitzender Gerhard Fritscher erläutert den Sachstand zur Vorlage 1075/2020/1.

Die CDU-Fraktion des Gemeinderates stellte am 17.10.2020 den Antrag auf Einführung einer Bürgermedaille in Bronze. Die Fraktion vertritt die Auffassung, dass die silberne und goldene Bürgermedaille vorrangig an Gemeinderäte und Gemeinderätinnen zu verleihen ist und nur in besonderen Fällen an Bürger und Bürgerinnen, damit der besondere Wert der Auszeichnung, der in ihrer Seltenheit liegt, erhalten bleibt.

Durch die Einführung einer Bürgermedaille in Bronze sollten künftig insbesondere Bürger und Bürgerinnen großzügiger als bisher ausgezeichnet werden können, die sich außerhalb des Gemeinderates ehrenamtlich engagieren.

FBL Claudia Geißler-Spohrer weist darauf hin, dass bisher ausschließlich Gemeinderäte/innen nach vier Legislaturperioden mit der Bürgermedaille in Gold ausgezeichnet wurden. Dieses sei Voraussetzung für die Verleihung der Medaille in Gold und die Seltenheit und Wertigkeit bleibt damit verbunden. Die Einführung einer Medaille in Bronze für Bürger einzuführen impliziere den Anschein einer Minderwertigkeit. Sie empfehle die Medaille in Bronze nicht einzuführen.

GR Kreuzinger befürwortet die Medaillen in Bronze, um Vereinstätige vermehrt damit auszeichnen zu können.

GR C. Holzmüller lehnt die Einführung einer weiteren Medaille, auch aus Haushaltsgründen ab.

GR Wehowsky befürchtet eine Medaillenflut und lehnt deshalb eine Bürgermedaille in Bronze ab.

GR Martin erinnert daran, dass es für besondere Verdienste noch die Ehrenbürgerschaft gebe.

GR Güntner sieht für die GLW keinen Bedarf eine weitere Medaille einzuführen.

zu 2: **Antrag der CDU-Fraktion vom 26.11.2020;**
 h i e r:
 Einrichtung eines Sonderfonds für die Weingartner Vereine
 VORBERATUNG

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, folgende Vorgehensweise für die Vergabe von Mitteln aus dem „Sonderfonds Vereinsförderung“ zu beschließen: Die durch die Corona-Epidemie finanziell in Notlage geratenen Vereine können bis zum 15.10.2021 einen formlosen, schriftlichen Antrag über die notwendige finanzielle Hilfe bei der Verwaltung einreichen. Es sind dabei Nachweise über die erhöhten Kosten, Einnahmeausfälle etc. zu erbringen. Die Verwaltung prüft die Anträge und legt dem Verwaltungsausschuss einen Beschlussvorschlag zur Genehmigung im November 2021 vor. Die Mittel sollen noch in 2021 ausgezahlt werden.

einstimmig beschlossen

Der Vorsitzende Gerhard Fritscher erläutert den Sachstand zur Vorlage 1111/2020/1.

Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 14.12.2020 auf Antrag der CDU-Fraktion beschlossen, einen Betrag in Höhe von 30.000,- € als „Sonderfonds Vereinsförderung“ in die Haushaltsplanung 2021 einzubringen. Damit sollen auf Antrag Vereine unterstützt werden, die durch die Corona-Pandemie bedingt Einnahmeausfälle hinnehmen mussten, auf der anderen Seite aber zusätzliche Kosten zu verzeichnen hatten.

In der Sitzung sollen Richtlinien zur Vergabe beschlossen werden.

GR Martin stellt den Antrag auf Abstimmung, ob die Mittel bevorzugt als Darlehen zu vergeben sind.

Das Gremium weist den Antrag mehrheitlich zurück.

In der Aussprache stellt das Gremium übereinstimmend fest, dass die Mittel aus dem Sonderfond unbürokratisch, aber nur auf schriftlichen Antrag durch die Vereine hin, mit Nachweisen und nur in absoluten Notfällen gestellt werden sollen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Anträge bis zum 15.10.2021 entgegenzunehmen und gesammelt dem Verwaltungsausschuss zur Beschlussfassung in der Novembersitzung vorzulegen.

zu 3: **Antrag der CDU-Fraktion vom 02.12.2020;**
 h i e r:
 Zufügen eines spezifischen Zusatzes zum Gemeindenamen
 VORBERATUNG

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mehrheitlich dem Gemeinderat die Einführung eines Namenszusatzes zum Gemeindenamen abzulehnen.

mehrheitlich beschlossen Ja 7 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0

Namentliche Abstimmung

Gerhard Fritscher	Enthaltung
Petra Frankrone	Ja
Matthias Görner	Ja
Sonja Güntner	Ja
Carolin Holzmüller	Ja
Jörg Kreuzinger	Nein
Timo Martin	Ja
Philipp Reichert	Ja
Wolfgang Wehowsky	Ja
Nicolas Zippelius	Nein

Der Vorsitzende Gerhard Fritscher erläutert den Sachstand zur Vorlage 1117/2020/1.

Die CDU-Fraktion hat mit Schreiben vom 02.12.2020 einen Antrag auf Einführung eines Namenszusatzes zum Gemeindenamen eingebracht.

Die Änderung der Gemeindeordnung in §5 Abs. 3 Satz 2 am 02.12.2020 macht es möglich dass mit dreiviertel Mehrheit aller Mitglieder neben dem Gemeinde- bzw. Ortsteilnamen auch eine sonstige Bezeichnung (sogenannte Zusatzbezeichnung) zum Ortsnamen eingeführt werden kann.

GR Zippelius sieht hier die Möglichkeit, den Auftrag zur Bürgerbeteiligung zu verwirklichen. Es könnte ein Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen geben.

Mehrheitlich spricht sich das Gremium gegen einen Zusatz zum Gemeindenamen aus, der durch seinen Namen bereits wohlklingend und aussagekräftig genug sei.

zu 4: **Pandemiebedingte Schließung der Kinderbetreuungseinrichtungen;
h i e r:
Aussetzung und Erlass der Elternbeiträge**

Die Elternbeiträge für Februar 2021 werden in allen Kitas und Kindergärten ausgesetzt.

Sofern das Land mindestens 80 Prozent der Kosten für die Erstattung der Gebühren während der pandemiebedingten Schließung der Kinderbetreuungseinrichtungen übernimmt, werden die Elternbeiträge in diesem Zeitraum erlassen.

Die Abrechnung für die Notbetreuung in den Kitas, Kindergärten und in der Schulkindbetreuung erfolgt nach den tatsächlich gebuchten Tagen bzw. Stunden. Als Berechnungsgrundlage werden die in der Gemeinderatssitzung am 28.07.2020 beschlossenen Regelungen zu Grunde gelegt.

einstimmig beschlossen

Hauptamtsleiter Russel erläutert den Sachstand zur Vorlage 1161/2021.

Er informiert, dass das Land wie angekündigt beschlossen hat, 80% der Kosten für die Erstattung der Gebühren zu übernehmen.

Eine weitergehende Kostenübernahme konnte nicht erreicht werden.

GR Reichert äußert Unverständnis darüber, dass das Land keine weiteren Kosten übernimmt.

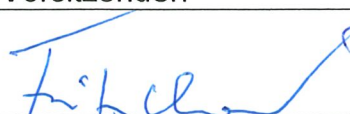
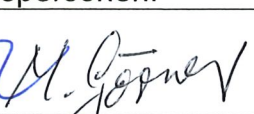
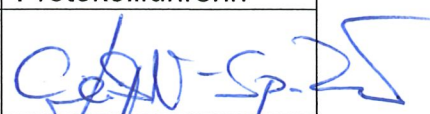
GR Güntner und Zippelius stimmen der Verwaltungsvorlage zu.

GR Wehowsky äußert ebenfalls seine Enttäuschung über den Kostenübernahmegrad, stimmt jedoch der Vorlage zu.

zu 5: **Informationen des Bürgermeisters einschließlich der Beantwortung der Fragen aus vorangegangenen Sitzungen sowie Anfragen und Anregungen der Gemeinderäte**

Es liegen keine öffentlichen Informationen vor.

GR Martin erinnert den FB 6, Finanzverwaltung, daran, eine Vollkostenrechnung über die Gebäude der Anschlussunterbringung vorzulegen. → **FB 6**

Vorsitzender:	Urkundspersonen:		Protokollführerin
			
Gerhard Fritscher	P. Frankrone	Matthias Görner	Geißler-Spohrer
Stv. Bürgermeister	Gemeinderätin	Gemeinderat	Verwaltung